

Halle'sche Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

1914. Nr. 4.

für Anhalt und Thüringen.

Jahrgang 207.

Wagnispreis für Halle und Saale 2.00 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich ausser am Sonntag. — Halle-Beilage: Halle'scher Courrier (tägl. Beilage), Saal-Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeilage), Saal-Beilage, Saal-Beilage, Saal-Beilage, Saal-Beilage (für die junge Welt).

Zweite Ausgabe

Wagnispreis für die Provinz Sachsen 2.00 Mk. durch die Post bezogen 3 Mk. für das Vierteljahr. Die Halle'sche Zeitung erscheint wöchentlich ausser am Sonntag. — Halle-Beilage: Halle'scher Courrier (tägl. Beilage), Saal-Unterhaltungsblatt (Sonntagsbeilage), Saal-Beilage, Saal-Beilage, Saal-Beilage, Saal-Beilage (für die junge Welt).

Geschäftsstelle in Halle (Saale): Leipziger Straße Nr. 61/62. Telefon 8108 u. 8109; Nebentelefon 8110. Oberbetreuer: Dr. Bremer-Stritzig Halle (Saale).

Sonnabend, 3. Januar 1914.

Geschäftsstelle in Berlin: Bernburger Straße 31. Telefon Amt Kurfürst Nr. 6290. Druck und Verlag von Otto Ehrig, Halle (Saale).

Streifzüge durch den preussischen Staatshaushaltsplan für 1914.

Auch für denjenigen, der nicht von Beruf wegen verpflichtet ist, sich mit Staatshaushaltsplänen im ganzen oder im einzelnen zu beschäftigen, bietet der soeben veröffentlichte Entwurf des preussischen Etats für 1914 viel des Interessanten, Befriedigenden und zum Nachdenken Anregenden. Wer die gewaltigen alljährlich steigenden Summen ansieht, die der preussische Etat aufweist, wird vielleicht doch ein Gefühl der Hochachtung empfinden für die leitenden Männer dieses Staatsfinanzwesens, besonders wenn er erwägt, daß es dank weiser Vorkehrung aus diesmal wieder möglich geworden ist, die auf 4846 Millionen alteigene notwendige Summe für die vielfältigen Bedürfnisse des Staates aufzubringen, ohne daß es der Aufnahme einer Anleihe bedarf. Von dieser gewaltigen Summe werden durch direkte Steuern nur 450,7 Millionen aufgebracht, während die eigenen Betriebsverwaltungen des Staates einen Gesamtertrag von 389,5 Millionen abwerfen. Hierbei fällt der Löwenanteil natürlich den Eisenbahnen zu, die allein 244 400 000 Mark Reinertrag bringen, ungerchnet die mehr als 79 Millionen, welche dem Ausgleichsfonds überwiesen werden. Vielleicht vergegenwärtigen sich die Herren Freifinanziers, die so gern über hohe Steuern schmähen, einmal, wie viel jeder preussische Steuerzahler jährlich mehr aufzubringen hätte, wenn ihre Parteifreunde nicht feinerzeit im Abgeordnetenhaus in der Minderheit geblieben wären, als die Verstaatlichung der Eisenbahnen verhandelt wurde. Auch gegenüber allen denjenigen, die so gern von einem rückfälligen Brechen reden, weil es ihnen die demokratischen Wähler so vordrängen, dürfte doch ein Hinweis auf die gewaltigen Ausgaben, die der Staatshaushaltsplan für Erziehung und Unterricht, für mannigfache soziale Aufgaben aufweist, angebracht sein. Allein 4 1/2 Millionen Mark Mehrausgaben wirkt der Etat für das Elementarunterrichtswesen aus. In firtropflicher Weise tritt auch das Streben zutage, die Lage der arbeitenden Klassen besser zu gestalten. Da werden im Etat der Domänenverwaltung 500 000 Mark für Arbeiterverpflegung und 450 000 Mark zur Beschaffung von Anstaltskorn bei der Forstverwaltung angefordert. Im Etat der Eisenbahnverwaltung sehen wir 500 000 Mark für Kleinwohnungen in den östlichen Grenzgebieten vorgelesen. Bedeutende Summen kommen auch dem Mittelstande zugute durch Zuschüsse für Hoch- und Fortbildungsschulen und zur Förderung des Kleingewerbes. Eine volle Million ist für Förderung der inneren Kolonisation ausgenommen, eine halbe Million für Moor Kultivierung und Bergl. mehr. Für die Alpenstationäre unter den Beamten und Volksschullehrern und Lehrern sind ganz erhebliche Beträge zur Verfügung gestellt und nicht weniger als 8 591 375 Mark für Betronenbeiträgen vorgelesen. Auch für gewisse Beamtenkategorien sind Gehalts-erhöhungen in Aussicht genommen.

Mögen immerhin hier und da auch bei den Verhandlungen noch unerfüllte und berechtigende Wünsche zum Ausdruck kommen, als Ganzes betrachtet ist das Bild, das der Staatshaushaltsplan von der finanziellen Lage in Preußen entwirft, ein erfreuliches.

Deutsches Reich.

Graf von Westarp über die innerpolitische Lage.

Der Reichstagsabgeordnete Graf von Westarp hat auf eine Anfrage der „Deutschen Parlaments-Korrespondenz“, wie er die politische Lage beurteilt, folgende Antwort erteilt:

„Der Geistesstoff, der dem Reichstage zur Bearbeitung noch vorliegt, vorliegt, würde an sich keine Veranlassung geben, die gegenwärtige innere politische Lage als besonders ernst oder schwierig anzusehen. Die vorliegenden Entwürfe geben zu größeren Gegenständen zwischen den Parteien oder zwischen Regierung und Reichstag kaum Anlaß. Allerdings liegt es noch fern, eine solche politische Politik in dem unbedingt erforderlichen Maße eine auszuweisen und größere Mehrheit finden wird, vielmehr ist die Bestätigung nicht von der Hand zu weisen, daß auch in dieser Frage der Einfluß der Sozialdemokratie und der Fortschrittspartei zu unermindeten Folgen führen kann. Inzwischen wird es sich in den unmittelbar bevorstehenden Verhandlungen über die Wirtschaftspoli-

tit voraussichtlich nur um Wortpostengefächte handeln, die zwar lebhaft genug sein werden, ein endgültiges Urteil über den Ruf der Parteien aber kaum gestalten werden. Für die Staatsberatungen kommt aber in Betracht, daß bei den letzten Verhandlungen eine große Mehrheit des Reichstages unter dem suggestiven Einfluß von links her beschaffen gefügt hat, die gar nicht anders gedeutet werden können, als ein Vorstoß gegen das unter dem Oberbefehl des Kaisers stehende Heer, als ein Verzicht, das Heer zu demokratisieren, die Kommandogewalt unter dem Einfluß des Reichstages zu beugen und die Machtverhältnisse des Reichstages über die verfassungsmäßig gegebenen Befugnisse hinaus, namentlich auch auf dem Gebiet der Ernennung und Entlassung des Reichskanzlers und seiner Stellvertreter, herabzuführen. Der Bundesrat und die Reichsregierung werden und müssen allen diesen Bestrebungen einen unbedingten Widerstand entgegenstellen. Wenn sie daher, wie die Sozialdemokratie ausdrücklich angekündigt hat, und wie es auch sonst nicht unwahrscheinlich ist, in den bevorstehenden Verhandlungen erneut hervortreten und sich bedenklichen Beschlußfassungen über den Etat führen sollten, dann ist allerdings die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß sich sehr schwere parlamentarische Kämpfe von ernster Bedeutung bevorziehen.“

Neue Stänkerien in Bayern.

Der „Robener Anzeiger“ erhebt in einer längeren Ausführung neuerdings schwere Anschuldigungen gegen die Leutnants Voigt und Freiherrn von Fortner sowie gegen den Sergeanten Goefflich vom Infanterie-Regiment Nr. 99 wegen angeblicher schwerer Mißhandlung von Soldaten best. von Zivilverurteilung. Diese letztere Mißhandlung soll am 28. November bei den bekannten Verbrechen auf dem Straßen von Robber begangen worden sein. Weiterhin erhebt das Blatt gegen den Hauptmann von Skitowski von der 5. Kompanie des Infanterie-Regiments Nr. 99 Anschuldigungen wegen angeblicher Mißbrauchs der Dienstgewalt, den sich der Hauptmann durch Gebrauch der Prügel befleißigender Worte und Anreden habe zuwider kommen lassen.

Zur Einigung zwischen Ärzten und Krankenkassen.

Nach der am 23. vorigen Monats in Berlin zwischen den Organisationen der Krankenkassen und der Ärzte zustandgekommene Vereinbarung sollen die Ärzte, die von Krankenkassen während der Vertragsverhandlungen von auswärts herangezogen und fest angestellt sind, als bald von der Leistungsfähigkeit der Ärzte auf dem Orte gegen die Krankenkassen in der Weise zu entscheiden haben werden. Im Zweifel ist durch die zu diesem Zweck unter Leitung des Regierungspräsidenten geführten Verhandlungen eine Einigung zwischen dem Ärzteverein und dem Krankenkassenverbande erzielt worden, wonach die neuangestellten Kassenärzte überhaupt nicht in Tätigkeit treten.

Kleinere politische Nachrichten.

* Der Kaiser ist gestern nachmittag um 3 Uhr vom Potsdamer Bahnhof mit Gefolge im Sonderzuge nach Sigmaringen abgereist, wo die Ankunft heute früh 8 Uhr 55 Minuten erfolgte dürfte.

* Der König von Sachsen traf am 2. Januar vormittags mit dem kaiserlichen Schnellzug 017 Uhr von München in Augsburg ein. Kurz nach seinem Eintritte besah sich der Monarch, der Rückführung nach, in Begleitung des Regierungspräsidenten v. Braun, des Oberbürgermeisters Geheimrats Wolfzang und des Polizeihauptmanns Ringelz auf Fuß durch die Prinzregententour zur Stadt, die er besichtigte. Im 11 Uhr wollte der König im Hofhaus, wo er den Goldenen Saal in Augenschein nahm.

* Tob eines früheren bayerischen Finanzministers. Freitag vormittags ist in Karlsruhe der Wirk. Geh. Rat Eugen Weder, der vom 18. März 1904 bis zum 22. Oktober 1906 bayerischer Finanzminister war, 55 Jahre alt, gestorben.

Ausland.

San Giuliano Neujahrschreiben.

Der Minister des Auswärtigen San Giuliano hat zum Jahreswechsel ein Rundschreiben an die diplomatischen und konsularischen Vertreter in Italien im Ausland gerichtet, in dem darauf hingewiesen wird, daß die wirtschaftliche Kraft der Nation die Nachwirkungen des Krieges mit der Türkei sowie der darauffolgenden Volkskriege mit einer die allgemeine Erwartung übertreffenden Leichtigkeit überwinden habe. Die Staatsfinanzen und die Wirtschaftslage des Landes dürften sich zu den besten in Europa stellen. Ankommen mit der moralischen Stärke, von der das italienische Volk in breiter Weite gegeben habe, habe dies zu einer Steigerung des politischen Ansehens Italiens beigetragen, die des öfteren in den Parlamenten wie in der führenden Presse des Auslandes

ihren Ausdruck gefunden habe. Der Minister führte sodann die jüngst auch im Parlament mitgeteilten Riffen des Staatshaushaltes u. a. als brechen des Beweises dafür, daß der Krieg und seine Folgeerscheinungen die Entwicklung Italiens nicht im mindesten aufhalten vermocht haben.

Die Gestaltung der Dinge in Bulgarien.

König Ferdinand berief nochmals die oppositionellen Parteiführer und erklärte, daß er wählen gegenwärtig mit Rücksicht auf die militärische Dienstleistung zahlreicher als Freiwilliger unter den früheren Heerführer Wähler sowie aus technischen Gründen nicht zweckmäßig erschienen. Die Parteiführer beharrten auf dem Standpunkt, den sie bei ihrer ersten Berufung ins Palais dargelegt hatten. In politischen Kreisen wird erwartet, daß der König hinsichtlich die Bildung eines altparlamentalen Kabinetts anvertrauen wird.

Die Nachricht aus Paris, Griechenland solle den von Bulgarien gemäßigten Schiedsrichter Roucas zur Regelung der Streitfragen über die Absetzung der griechisch-bulgarischen Grenze angenommen haben, ist nach der „Agence Havas“ unrichtig. Die bulgarische Regierung wünscht den Schiedspruch des Präsidenten der französischen Republik nur in der Frage der Bulgarien und des Krieges anzunehmen. Die griechische Regierung hält die Gefangenen, trotz wiederholter Berufungen, für freizulassen, noch immer fest. Das bulgarische Kabinett bemüht sich, das Kabinett in Athen zu einer gerechten Lösung dieser Frage zu veranlassen, um nicht gezwungen zu sein, zu Gegenmaßnahmen seine Zuflucht zu nehmen. — Die Nationalbank und andere Banken und Bankiers in Bulgarien haben ein Syndikat gebildet. Der Zweck des Syndikats ist, den Wechselkurs im Lande im Interesse des öffentlichen Kredits zu regeln. Um dieses Ziel zu erreichen, verpflichtet sich die Nationalbank, im Auslande Kredite von mindestens 10 Millionen Francs anzulegen. Die Mitglieder des Syndikats übernehmen die Verpflichtung, die ihnen angebotenen Wechsel nicht zu kaufen, die höher sind als die vom Verwaltungsrat des Syndikats festgesetzten. Die von allen Mitgliedern des Syndikats getauften Wechsel werden zur Hälfte von der Nationalbank und zur Hälfte von den übrigen Mitgliedern des Syndikats übernommen werden. Die Dauer des Syndikats ist bis auf Ende März festgesetzt worden, kann aber auch verlängert oder vorher unterbrochen werden, wenn der Wechselkurs für Paris auf mindestens 105 Prozent fällt.

Die Türkei und die Inselfrage.

Die von der türkischen Regierung beeinflusste Presse erklärt jetzt ganz entschieden, daß eine Lösung der Inselfrage in dem Sinne, wie England sie vorschlägt, niemals angenommen werden könnte. „Tanin“ behauptet, die leitenden Männer Griechenlands müßten wissen, daß, solange die Inselfrage nicht gemäß dem türkischen Standpunkte geregelt sei werde, die Beziehungen zwischen der Türkei und Griechenland anormal bleiben werden. Die Türkei werde alles aufzubringen, um die Inseln an die Türkei zu bekommen. Die von Griechenland angebotenen Beziehungen nicht zu berücksichtigen. Morgen, wenn es dem Schicksal gefällt, könnte sich die Lage ändern; denn das Schicksal sei nicht immer blind.

Entlassungsantrag des bulgarischen Ministeriums.

Ministerpräsident Radoslawow hat dem König das Entlassungsantrag des Kabinetts überreicht. Es wird allgemein für gewiß gehalten, daß Radoslawow wieder mit der Bildung des Kabinetts betraut werden wird.

Ankauf eines Dreihnachts durch die Türkei.

In der griechischen Kammer richteten mehrere Depuatierte an die Regierung Anträge betreffend den Ankauf des Dreihnachts „Rio de Janeiro“ durch die Türkei. Ministerpräsident Venizelos befragte die Kammer über diesen Ankauf, erklärte aber, er sei nicht in der Lage, mitzuteilen, welche Maßnahmen die Regierung zu ergreifen gedenke, um die Oberhoheit der griechischen Marine im Ägäischen Meer aufrechtzuerhalten, noch die in dieser Hinsicht bereits getroffenen Maßnahmen bekannt zu geben. Der Ministerpräsident erklärte schließlich: Ich glaube, daß der gegenwärtige Stand der nationalen Finanzen nicht gestattet, über bereits erfolgte Schiffabfertigungen oder über die Verhandlungen wegen weiterer Aufträge zu berichten. Ich kann der Kammer schließlich versichern, daß Griechenland entschlossen ist, seine Oberhoheit zu behaupten; ich kann weiter versichern, daß die obersten Stellen der griechischen Marine nicht im geringsten beunruhigt sind.

Die bekannte türkische Presse betont die große Bedeutung des nunmehr bekannt gegebenen Ankaufs des Kriegsschiffes „Rio de Janeiro“. Die Erneuerung des Dreihnachts zugehörige Flotte hervor und viele Anlaß, die Beziehungen für die Aufrechterhaltung der Flotte fröhlich zu fördern. Dem „Tanin“ zufolge wird das Schiff Mitte Juni in Konstantinopel erwartet. Von dem Kaufpreis ist noch annähernd ein Drittel zu bezahlen.

